

Zusammenfassung der Ergebnisse
der Befragung der OrtsvorsteherInnen und BürgermeisterInnen
zu den Buden im Landkreis Biberach

Andrea Bosch, IRIS e.V. Hechingen/Tübingen, Juli 2011

„Das Budenwesen hat bei uns eine ganz, ganz lange Tradition (...), das ist ein Phänomen, das gehört glaube ich zu unserer Gegend, zu unserer Landschaft und man darf das nicht bekämpfen, sondern man muss das positiv begleiten und dann bekommt man auch ganz viel für die Gesellschaft zurück.“

Im Zeitraum von April bis Juli 2011 wurden im Zuge der Befragung 20 Ortsvorsteher und Bürgermeister telefonisch zu den Buden in ihrer Gemeinde interviewt. Die Ortsvorsteher und Bürgermeister vertreten den Buden gegenüber grundsätzlich eine wohlwollende und unterstützende Haltung, auch wenn sie gleichzeitig die Rechtsunsicherheit der strukturellen Verankerung von Jugendbuden als zum Teil problematische Herausforderung beschreiben, für die sie in ihren Gemeinden jeweils individuelle Lösungen finden (müssen). Einige Befragte verweisen darauf, dass die Budenkultur keine reine Jugendkultur sei, da ein nicht unerheblicher Teil von Buden mittlerweile auch von über 30jährigen genutzt wird.

Mit an die Gemeinden herangetragenen Standortanfragen gehen die Ortsvorsteher und Bürgermeister unterschiedlich um. Die nicht vorhandenen Standards zum Umgang mit Buden führen dazu, dass in den jeweiligen Orten und Gemeinden unterschiedliche Regelungen in Bezug auf das zur Verfügung stellen von Grundstücken, auf die Ansprüche an Hausordnungen und verbindliche Reglements, den Umgang mit Konflikten und der Einbindung in das Gemeinwesen entwickelt werden.

Im Hinblick auf die Buden sind die Ortsvorsteher und Bürgermeister zentrale Schlüssel- und Kontaktpersonen für die BudennutzerInnen. Auf Seiten der Buden sind in allen Gemeinden Ansprechpartner bekannt. Der Kontakt zwischen Buden und Gemeinden gestaltet sich meist eher lose und wenig kontinuierlich. Die Buden wenden sich mit Anfragen z.B. zu Veranstaltungen oder zum Standort an die Gemeinden. Die Gemeinden gehen bei Beschwerden und Konflikten auf die Budenverantwortlichen zu. Im Ortschafts- oder Gemeinderat werden die Buden meist erst dann thematisiert, wenn Konflikte auftreten und möglicherweise Sanktionen ausgesprochen werden sollen.

Unter den BürgerInnen der Gemeinden ist die Existenz der Buden laut den Ortsvorstehern und Bürgermeistern weitestgehend akzeptiert. Für das Gemeinwohl engagieren sich die Buden nur teilweise und auf unterschiedliche Art und Weise. Im Ganzen betrachtet sind somit, was eine verbindlichere Kommunikation und engere Kooperation mit den Buden sowie ihre Integration ins Gemeindeleben durch Engagement und ihr Sichtbarwerden z.B. als öffentliches Thema in Gremien betrifft, in den befragten Gemeinden sicherlich noch nicht alle Optionen ausgelotet.

Auftretende Konflikte drehen sich meist um Ruhestörungen, Sachbeschädigungen, Lärmbelästigungen durch an- und abfahrenden Verkehr und Probleme mit alkoholisierten Gästen. In einigen Konfliktfällen wurden in der Vergangenheit bereits Schließungen vorgenommen oder vorübergehende Schließungen angesetzt. Für die Ortsvorsteher und Bürgermeister ist dabei das Einhalten von Regeln ein zentrales Thema. Bei der Lösung von Konflikten wurde nur in zwei Fällen das Landratsamt beratend hinzugezogen, um mit allen Beteiligten an einem Runden Tisch Lösungen zu diskutieren. Insgesamt erscheinen die Ortsvorsteher und Bürgermeister als weitestgehend isolierte Akteure, die in Konfliktfällen auf sich gestellt nach individuellen Lösungen suchen (müssen).

Was den Unterstützungsbedarf und die Unterstützungsmöglichkeiten im Allgemeinen betrifft, so ist festzuhalten, dass die Ortsvorsteher und Bürgermeister bezüglich dieses Themas zunächst meist ratlos reagierten. Dies warf die Frage auf, ob bislang ausreichend transparent ist, wer im Falle eines Unterstützungsbedarfs Ansprechperson ist, welche Unterstützungs- oder Austauschmöglichkeiten vorhanden sind und wie niedrigschwellig zugänglich und publik das bisherige Angebot ist, so dass es im Bedarfsfall auch tatsächlich genutzt wird.

Bezüglich des Unterstützungsbedarfes und der Unterstützungsmöglichkeiten der Jugendlichen in den Buden sind die Befragten unterschiedlicher Meinung darüber, ob bei BudennutzerInnen erstens ein Bedarf an Unterstützung besteht und ob sie zweitens Unterstützung von außen überhaupt annehmen würde. Die Befragten, die die Buden als offen für Unterstützung einschätzen, sehen die Unterstützungsmöglichkeiten in einer Sprechstunde oder einem Beratungsangebot für die Buden, in der fachlichen Begleitung bei Runden Tischen, in Besuchen von Jugendsozialarbeitern und durch die Präsenz der Polizei.

Für sich selbst wünscht sich ein Großteil der befragten Ortsvorsteher und Bürgermeister Unterstützung in Form von Ansprechpersonen beim Kreisjugendamt sowie Unterstützung dadurch, dass Landratsamt und Gemeinden in Budenfragen an einem Strang ziehen. Dies kommt einerseits in dem Wunsch nach Unterstützung im Umgang mit Buden zum Ausdruck: sowohl in pädagogischer und (bau-)rechtlicher Hinsicht als auch bezogen auf Formen des Aufbaus und der Begleitung von Buden sowie im Falle von Kriseninterventionen. Andererseits verweisen die Befragten auf ihr Interesse an Austausch mit KollegInnen zu deren Erfahrungen und Handlungsstrategien.

"(...) aber was viel spannender wäre, ist das Thema auf der kommunalen Ebene mit Bürgermeistern und Hauptamtsleitern zu präsentieren, zu diskutieren und zu kommentieren. Überhaupt mal einen Überblick bekommen: wie sieht es bei den Nachbar-kollegen aus, so dass man für sich selbst die Einschätzung bekommt, dass es einigermaßen gut läuft oder dass man starke Defizite hat. Eine Darstellung, wie unterschiedlich das läuft und gehandhabt wird. Und dann kann ja jeder selbst für sich sehen, wo man sich einordnet und dann kann dort, wo Defizite sind, stärker agiert werden. Also ein Austausch mit Bürgermeistern auf der Fachebene."